

Filc, Wolfgang

Article — Digitized Version

Devisenhilfe statt einer sofortigen Währungsunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Filc, Wolfgang (1990) : Devisenhilfe statt einer sofortigen Währungsunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 3, pp. 133-138

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136615>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

□ die DDR-Bürger in größerem Umfang dauerhafte Konsumgüter fernöstlicher Herkunft präferieren.

Die Vorbereitung der Wirtschaftsunion wird die öffentlichen Haushalte direkt belasten. Das Ausmaß der Belastungen hängt davon ab, wie rasch die Wirtschaftsunion erreicht werden soll und in welcher Zeit die notwendigen Mittel für die Erneuerung der Infrastruktur der DDR sowie für Umschulung, Qualifikation und Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden. Für den Fall, daß außerdem eine politische Vereinigung der beiden Staaten bei dem jetzigen Leistungsgefälle erfolgen sollte, sei auf folgende Modellrechnung verwiesen: Wenn die Rege-

lungen des westdeutschen Länder-Finanzausgleichs auf die DDR-Länder ausgeweitet würden, wären bei Übernahme des hiesigen Steuersystems für einige Zeit – überschlägig geschätzt – allein aus diesem Grunde jährlich Zahlungen (einschließlich Ergänzungszuweisungen des Bundes, aber ohne die sonstigen Leistungen des Bundes an Berlin gerechnet) in der Größenordnung von 20 bis 25 Mrd. DM an die DDR-Länder zu leisten. Diese Summe ist beachtlich, ist aber aus dem Zuwachs an Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (1988: + 19,3 Mrd. DM) sowie aus Ausgabenkürzungen (u.a. Verteidigungshaushalt) relativ leicht zu finanzieren.

Wolfgang Filc

Devisenhilfe statt einer sofortigen Währungsunion

Der Strom der Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland reißt nicht ab. Setzt sich diese Entwicklung unvermindert fort, so werden 1990 annähernd 600 000 Menschen in die Bundesrepublik überwechseln, also fast doppelt so viel wie auf dem bisherigen Höhepunkt der Übersiedlung im Jahre 1953. Ein ungebremster Zustrom von DDR-Bürgern aber wird in beiden deutschen Staaten zu einem die Wirtschafts- und Sozialordnungen bedrohenden Problem.

Ursache der Magnetwirkung der Bundesrepublik Deutschland auf viele Bürger der DDR ist das eklatante Wohlstandsgefälle. Die durchschnittlichen Realeinkommen sind in der Bundesrepublik ungefähr dreimal so hoch wie in der DDR. Maßnahmen mit dem Ziel, den Abwanderungsstrom aus der DDR zu verringern, müssen deshalb daran ansetzen, diesen Unterschied der Realeinkommen abzubauen. Hierzu gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Einmal könnte dieses Ziel durch eine gegenseitige Annäherung erreicht werden, also durch eine Umverteilung von Einkommen von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR. Anders ausgedrückt: Würde die Bevölkerung beider deutscher Staa-

ten auf einen Schlag aus dem zusammengefaßten Produktionspotential beider Volkswirtschaften versorgt, so müßte das Durchschnittseinkommen erheblich unter das jetzt in der Bundesrepublik erreichte Niveau fallen. Fraglich kann nur sein, wie sich die Verteilung vollzieht. Aber es wäre eine Illusion, annehmen zu wollen, eine vollständige wirtschaftliche Vereinigung beider deutscher Staaten könnte schon jetzt vollzogen werden, ohne einen schockartigen Rückschnitt der Realeinkommen der Bundesbürger hinnehmen zu müssen.

Eine zweite Möglichkeit, das Einkommensgefälle zwischen beiden deutschen Staaten abzubauen, besteht darin, zunächst die ökonomischen Bedingungen in der DDR zu verbessern. Das erfordert Zeit, aber damit würde eine schockartige Konvergenz der Realeinkommen auf einem mittleren Niveau vermieden. Die Volkswirtschaft der DDR ist seit Jahrzehnten eine gesellschaftliche Veranstaltung zur Bewältigung eines gesellschaftlich verursachten Mangels. Die Arbeitsproduktivität in der DDR wird auf nicht ganz die Hälfte jener der Bundesrepublik geschätzt. Dieser Produktivitätsrückstand ist vor allem Folge einer Unterkapitalisierung der DDR-Wirtschaft und eines abgewirtschafteten Sachkapitalbestandes. Die Kapitalintensität der Produktion ist in der Bundesrepublik etwa drei- bis fünfmal so hoch wie in der DDR. Die in der DDR erforderlichen Nettoinvestitionen zur Aufstockung des Produktionspotentials mit

Prof. Dr. Wolfgang Filc, 46, lehrt Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit, Währung, an der Universität Trier.

dem Ziel, in kurzer Frist die ökonomischen Bedingungen in der DDR teilweise an jene in der Bundesrepublik anzugleichen, werden auf 300 bis 400 Mrd. DM geschätzt. Werden notwendige Reinvestitionen zum Ersatz verschlissener Anlagen, komplementäre und begleitende Infrastrukturinvestitionen, vor allem in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation, sowie Investitionen zur Erhaltung der verfallenden Bausubstanz hinzugerechnet, so beläuft sich der erforderliche Investitionsbetrag auf eine Größenordnung zwischen 600 bis 800 Mrd. DM. Erst bei einem Realtransfer in dieser Größenordnung könnte den Menschen in der DDR ein Lebensstandard geboten werden, der ökonomische Anreize zur Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland weitgehend abbaut.

Diese Aufgabe ist nicht in Jahresfrist zu bewältigen. Aber damit die Menschen in der DDR wieder eine ökonomische Perspektive haben, muß der notwendige Realtransfer rasch in Gang gesetzt werden. Nur so kann dem Mangel an Vertrauen hinsichtlich einer absehbaren Erhöhung der Realeinkommen als zweite Ursache des Übersiedlerstroms abgeholfen werden. Und die anstehenden Beträge sollten auch verdeutlichen, daß ein Realtransfer in dieser Größenordnung ohne marktwirtschaftliche Anreize für private Investoren in der DDR nicht zu bewältigen sein wird. Ohne radikalen Übergang zu marktwirtschaftlichen Prinzipien in der DDR bei Produktion und Allokation privater und nicht lebensnotwendiger Güter wird das nicht zu bewerkstelligen sein.

Realwirtschaftliche Ursachen sind also maßgeblich für die massenhafte Abwanderung von Menschen aus der DDR. Dagegen ist es Illusion, annehmen zu wollen, durch rein monetäre Maßnahmen allein – Währungsreform, Währungs Kooperation oder Währungsunion – wäre der Übersiedlerwelle beizukommen. Wie immer eine Währung auch heißen mag, wie knapp oder wie reichlich Geldbestände und Liquidität auch immer sein mögen – verteilt kann immer nur das werden, was produziert werden kann. Und Güter können nun einmal nur durch Einsatz realer Produktionsfaktoren erstellt werden, also mit Hilfe von Sachkapital und Arbeitskräften, kombiniert in einem möglichst effizienten Produktionsprozeß. Dagegen kann das Produktionspotential nicht gleichsam über Nacht durch rein monetäre Maßnahmen ausgeweitet werden. Obgleich also die realwirtschaftliche Seite der Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR im Vordergrund der Überlegungen zu stehen hat, so berührt der erforderliche Realtransfer in die DDR doch monetäre Zusammenhänge.

Der dringend erforderliche, umfangreiche Realtransfer in die DDR, d.h. der Import von Sachkapitalgütern,

benötigte nur dann keine begleitende Finanzierung, wenn die DDR einen gleichwertigen Exportüberschuß bei Konsumgütern erzielte. Weil dieser ehemals „rumänische Weg“ aber die DDR-Bevölkerung mit Sicherheit außer Landes treiben würde, gibt es keine Alternative zur Finanzierung eines für längere Zeit erforderlichen Leistungsbilanzdefizits der DDR. Die hierfür erforderlichen Devisen können grundsätzlich auf drei Wegen beschafft werden. Einmal kann ein Importüberschuß durch Rückgriff auf Nettoauslandsaktiva finanziert werden. Bei einer geschätzten Nettoauslandsverschuldung von 13 Mrd. Dollar scheidet diese Möglichkeit für die DDR aus. Zweitens könnten erforderliche finanzielle Mittel durch Kreditaufnahme an internationalen Finanzmärkten aufgebracht werden. Dieser ehemals „polnische Weg“ verbietet sich deshalb, weil der Realtransfer in die DDR nicht darauf abzielen kann, eine möglichst hohe Devisenproduktivität zu erzielen, sondern darauf abzielen muß, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der DDR zu verbessern. Dann aber ist – wie in Polen – der Schuldendienst nicht gewährleistet. Zur Finanzierung eines Realtransfers in die DDR bleibt also allein der dritte Weg, nämlich die Schenkung von Devisen.

Finanzierung des Realtransfers

Für diesen dritten Weg gibt es eine historische Parallele, nämlich den der Finanzierung eines Teils des westdeutschen Handelsbilanzdefizits nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. 1949 schloß die Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland mit einem Defizit von 3,7 Mrd. DM ab; das entsprach einem Außenhandelsdefizit von 5,9 % des Bruttosozialprodukts. 1950 war dieses Defizit in Relation zum Bruttosozialprodukt auf 4,2 % gesunken. Dem negativen Außenbeitrag des Jahres 1949 entspräche bei dem Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1988 ein Handelsbilanzdefizit von etwa 130 Mrd. DM, dem außenwirtschaftlichen Defizit des Jahres 1950 ein Importüberschuß von immer noch 95 Mrd. DM.

Bezogen auf die damalige wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland waren die Leistungsbilanzdefizite in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland also erheblich. In Ermangelung von Devisenreserven und einer konvertiblen Währung – eine vergleichbare Situation, in der sich die DDR gegenwärtig befindet – wurde ein Teil des westdeutschen Handelsbilanzdefizits aus ERP-Mitteln finanziert. Von 1948 bis 1952 stellte die US-Regierung für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft Mittel in einem Gesamtbetrag von 13,15 Mrd. Dollar zur Verfügung. Diese Finanzhilfen der amerikanischen Bun-

desregierung für die Dauer von vier Jahren machten rund 1,1 % des Volkseinkommens der USA aus. Finanzierungshilfen der Bundesregierung an die DDR in vergleichbarer Größenordnung würden sich heute auf etwa 20 Mrd. DM je Jahr belaufen.

Mittel aus dem Marshall-Plan wurden auch ehemaligen Kriegsgegnern der USA bereitgestellt. So empfing die Bundesrepublik Deutschland immerhin 11 % der Mittel des ERP-Programms. Es wäre völlig unverständlich, wenn die Bundesregierung jetzt die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung dringend erforderlicher Infrastrukturinvestitionen in der DDR als Voraussetzung privater Investitionen in einer Größenordnung verweigerte, die nach Kriegsende wie selbstverständlich von den USA europäischen Ländern bereitgestellt worden sind. Und niemand sollte sich der Illusion hingeben, die Abwanderungswelle aus der DDR könnte gestoppt und die Wirtschaftsgebiete beider deutscher Staaten könnten vereinheitlicht werden ohne raschen und umfangreichen Realtransfer mit begleitender Finanzierung.

Kurs 67.

Deutsch-deutsche Währungs Kooperation?

Aber seit geraumer Zeit ist Währungs Kooperation beider deutscher Staaten die Zauberformel, mit der die Finanzierungsprobleme des Realtransfers zu lösen sein sollen. Vorschläge und Ratschläge zur währungspolitischen Zusammenarbeit reichen von einer Kursgarantie der Deutschen Bundesbank für die Mark der DDR bis hin zur Übernahme der D-Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR. Aber diese Vorschläge können das zugrunde liegende realwirtschaftliche Problem allein nicht lösen. Sie sind – für sich genommen – eher geeignet, die wirtschaftlichen Probleme noch zu verstärken.

Eine Kursgarantie der Bundesbank für die Mark der DDR erforderte, daß die Bundesbank jedes beliebige Angebot von Mark der Staatsbank der DDR übernehme, sollte die Mark der DDR unter den Garantiekurs zu sinken drohen. Zahlen müßte die Bundesbank in Zentralbankgeld. Wer dies von der Bundesbank verlangt, fordert die Übertragung der Währungshoheit in der Bundesrepublik Deutschland auf die Regierung der DDR. Denn nicht die Bundesrepublik bestimmte dann den Zuwachs der Zentralbankgeldmenge, sondern die auf Weisung der DDR-Regierung tätige Staatsbank der DDR. Das wäre eine risikolose Einladung, den Einkommensrückstand der DDR durch Lohnerhöhungen aufzuholen, weil bei Kursgarantie der Bundesbank die Mark der DDR einen bedingungslosen Anspruch gegenüber dem Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet. Zudem entfielen ökonomische Grenzen für Defizite des Staatshaushalts der DDR. Die Deutsche

Bundesbank, die zu direkter und dauerhafter Finanzierung von Staatsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland nicht herangezogen werden darf, müßte dies tun im Falle von Staatsdefiziten in der DDR oder von Ausgabenüberschüssen anderer volkswirtschaftlicher Sektoren dieses Landes. Wie unter der SED-Herrschaft könnten Staatsdefizite in der DDR durch die Notenpresse finanziert werden – nun aber noch komfortabler, denn jetzt versehen mit einer Umtauschgarantie in D-Mark und damit auch mit Zugriff auf das Produktionspotential aller Länder mit konvertibler Währung.

Eine Kursgarantie für die Mark durch die Bundesbank würde zudem ökonomische Anreize zur Integration der Volkswirtschaft der DDR in die internationalen Märkte schwächen. Denn Marktsignale zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft der DDR, wie sie in der Bewertung von Währungen am Devisenmarkt deutlich werden, entfielen. Ebenso würde der Zwang zur radikalen marktwirtschaftlichen Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems aufgehoben. Die Bürger der DDR würden zu dauerhaften Kostgängern des Produktionspotentials der Bundesrepublik Deutschland. Eine bedingungslose und im Wortsinne grenzenlose Kursgarantie der Mark der DDR durch die Bundesbank wäre ferner eine Einladung, Verteilungskämpfe durch Inflationierung lösen zu wollen. Dann würde die D-Mark ihre Ankerfunktion im EWS verlieren. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG-Staaten wäre dann wohl endgültig versperrt.

Ökonomische Zusammenhänge

676.

Gegenwärtig haben Vorstellungen über eine rasche Herstellung der Währungsunion beider deutscher Staaten Meinungskonjunktur. Die Übernahme der D-Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel durch die DDR wird auch von jenen empfohlen, die bislang immer darauf verwiesen haben, daß eine Währungsunion zwischen den EG-Staaten erst nach weiterer Konvergenz der Wirtschaftspolitik und wirtschaftlicher Fundamentaldaten der Länder vollzogen werden kann. Im deutsch-deutschen Verhältnis wird das offenbar anders gesehen. Verwiesen wird auf den politischen Druck, der sich aus einer ungebremsten Zuwanderung von Menschen aus der DDR ergibt. Wenngleich das Gewicht politischen Drucks für weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht unterschätzt werden sollte, so setzt er noch längst nicht ökonomische Fakten und Sachzusammenhänge außer Kraft.

Bei einer Umstellung aller Preise, Löhne und Renten zum Kurs von 1:1 von Mark auf D-Mark würden die Menschen in der DDR rasch feststellen, daß sich dadurch

die für den Einkommensrückstand in der DDR maßgeblichen realwirtschaftlichen Mängel – unzureichender und veralteter Kapitalstock sowie mangelnde Effizienz von Produktionsprozessen – nicht beseitigen lassen. Kehren jetzt Menschen der DDR den Rücken, weil sie nicht über D-Mark verfügen können, so werden sie es nach einer Währungsumstellung deshalb tun, weil sie erkennen, daß sie wie zuvor bei gleicher Arbeitsleistung nur rund ein Drittel des Einkommens eines Bundesbürgers erzielen. Würde dem dann kaum ausweichbaren Druck auf Lohnerhöhungen in der DDR nachgegeben, so verlören viele Unternehmen in der DDR ihre Wettbewerbsfähigkeit. Massenarbeitslosigkeit wäre die Folge. Der Strom von Zuwanderern aus der DDR würde zur Sturmflut.

Jene, die der DDR die Schocktherapie der Einführung der D-Mark empfehlen, unterliegen einer verbreiteten Geldillusion. Die D-Mark ist nicht vor allem deshalb von hoher Kaufkraft und international begehrt, weil die Bundesbank eine hervorragende Zentralbank ist, sondern weil die Volkswirtschaft der Bundesrepublik besonders leistungsfähig ist. Sicher ist das nicht unabhängig zu sehen von der Stabilisierung des Realwerts der D-Mark durch die Bundesbank. Aber ein riesiger Mangel an Produktionspotential – wie in der DDR – läßt sich nicht über Nacht durch irgendeine rein monetäre Maßnahme beheben, weder durch Einführung der D-Mark als Parallelwährung noch als Ersatz der Mark der DDR als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR.

Inflationsgefahren

Eine unvorbereitete Umstellung auf die D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR birgt Inflationsgefahren für den beide Länder umfassenden gemeinsamen Währungsraum. Viel wird gerätselt über einen vermeintlichen Geld- bzw. Liquiditätsüberhang in der DDR. Aber niemand kann ihn beziffern, weil es hierzu keine statistische Erfassung gibt. Unbekannt sind über Spareinlagen der Bevölkerung und „Bargeldumlauf bei der Bevölkerung“ hinausgehende liquide oder rasch liquidierbare monetäre Forderungen, aber auch Verbindlichkeiten. Wie hoch sind die Guthaben auf Sichtkonten, die Bargeldbestände bei den Unternehmen, die zwischenbetrieblichen Forderungen? Wie hoch sind die Verbindlichkeiten der Kombinate, denen wertgleiche Forderungen anderer gegenüberstehen müssen? Gibt es noch weitere Geldhorte der ehemaligen Staatspartei neben der runden Summe von 3 Mrd. Mark, deren Rückzahlung vor kurzem angekündigt worden ist? Weil hierüber keine Kenntnis besteht, kann die Frage nach einem Liquiditätsüberhang in der DDR quantitativ nicht beantwortet werden.

Gelegentlich wird mit dem Verweis auf die mit 6 % in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland etwa halb so hohe Sparquote bestritten, daß es einen nennenswerten Geldüberhang in der DDR gibt. Dagegen spricht einmal, daß in der Bevölkerung der DDR ein wahrer Kaufrausch ausgebrochen ist. Langlebige Konsumgüter sind in der von den Bürgern der DDR gewünschten Menge nicht zu erwerben. Deshalb ist zu vermuten, daß die Sparquote der DDR noch niedriger gewesen wäre, würde es ein ausreichendes Angebot an Konsumgütern geben. Weil im Zuge der zentralen Planung Priorität auf den Ausbau der Schwerindustrie gelegt worden war, entstanden Einkommen, denen kein ausgewogenes Konsumgüterangebot gegenüberstand. Sparen war zum Teil Zwangssparen. Entfällt dieser Zwang durch Umstellung aller Geldvermögen, Preise und Löhne auf D-Mark, so ist anzunehmen, daß Geldvermögensbestände abgebaut werden, weil die Nachfrage nach bislang entbehrten Gütern sprunghaft steigt. Und wenn bei einer Währungsumstellung in der Bundesrepublik wie gegenwärtig oberhalb der optimalen Auslastung der Sachkapazitäten produziert würde, ergäbe sich in beiden Teilen Deutschlands ein Währungsschnitt durch Inflationierung.

Fehlende Grundlagen

Den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland sollte in aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß sie den Großteil des erforderlichen Realtransfers in die DDR zu leisten haben werden. Aber die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben Anspruch auf soziale Verträglichkeit dieses Transfers. Und Inflationierung ist hierzu der denkbar schlechteste Weg, weil sie die Menschen um so stärker belastet, je geringer ihr Einkommen ist. Deshalb muß auch den Bürgern der DDR in aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß eine Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR ohne Vorleistungen nicht zur Diskussion stehen kann. Irgendeine Form der Währungsreform in der DDR – sie kann reichen von einer befristeten Sperrung von Geldvermögen über seine langfristige Bindung in verzinslichen Staatsschuldtiteln, eine Beteiligung am Produktivvermögen bis hin zu einem Währungsschnitt – muß Vorbedingung einer Währungsunion sein. Würde dies nicht akzeptiert, käme es dennoch zur Währungsunion und zur Inflationierung der D-Mark, so wäre die europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der EG gefährdet. Eine deutsch-deutsche Währungsunion kann nicht Alternative zu einer europäischen Währungsunion sein. Für Schritte in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion beider deutscher Staaten hat deshalb nichts anderes zu gelten als im europäischen Rahmen: Erst sind die wirtschaftlichen und politischen Vorausset-

zungen zu schaffen, erst danach kann der Übergang zu einer gemeinsamen Währung vollzogen werden.

Ebensowenig wie die deutsch-deutsche Währungsunion kann gegenwärtig eine Währungskooperation beider deutscher Staaten auf der Tagesordnung stehen. Denn Voraussetzung einer für beide Seiten ergebnisreichen partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist eine vergleichbare Basis. Sie ist nicht gegeben. Die D-Mark ist die zweitwichtigste internationale Währung. Zudem übt sie Ankerfunktion im monetären Integrationsprozeß der EG aus. Die Mark der DDR ist nicht konvertibel. In der Vergangenheit wurde die Geldversorgung in der DDR nicht orientiert an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, sondern daran, Produktionspläne von Staatsbetrieben finanzierbar werden zu lassen und den Staatshaushalt auszugleichen.

Entsprechend marktwirtschaftlichen Kategorien ist die Mark der DDR weder Geld noch Währung. Sie ist kein Geld, weil sie wichtige, in marktwirtschaftlichen Systemen selbstverständliche Funktionen des Geldes nicht übernehmen kann. Die Mark der DDR ist im Spektrum aller Aktiva kein Vermögenswert mit besonders hervorstechenden Eigenschaften, sondern ihre Akzeptanz beruht allein auf fehlenden Alternativen und dem gesetzlichen Annahmepflicht. Währungseigenschaft kann die Mark der DDR schon deshalb nicht ausüben, weil sie weder für den Außenhandel der DDR noch für den deutsch-deutschen Handel Verwendung findet. Deshalb sind Voraussetzungen für eine währungspolitische Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten gegenwärtig nicht gegeben. Nicht Währungskooperation zwischen beiden deutschen Staaten ist gegenwärtig gefordert, um den Realtransfer in die DDR finanzierbar werden zu lassen, sondern Devisenhilfe der Bundesrepublik Deutschland.

Das Konvertibilitätsproblem

Wer unter den gegebenen Bedingungen für eine sofortige Währungsunion beider deutscher Staaten eintritt, der riskiert die Zustimmung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu einer wirtschaftlichen Vereinigung beider deutscher Staaten. Und wer meint, eine Währungskooperation sei möglich, der verkennet, daß die Fähigkeit der DDR zu partnerschaftlicher Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben ist. Deshalb wird gelegentlich empfohlen, die DDR habe Schritte einzuleiten, die zu einer Teilkonvertibilität der Mark der DDR führen sollten. Unklar bleibt, was unter einer Teilkonvertibilität der Mark der DDR zu verstehen sein sollte. Zudem bleibt unbeachtet, daß es der DDR gegenwärtig nicht möglich ist, die Konvertibi-

lität der Mark – ob zur Gänze oder in Teilen – aus eigener Kraft herbeizuführen. Jede Form der Konvertibilität der Mark der DDR erfordert die Währungshilfe der Bundesrepublik Deutschland.

Angenommen, es gelänge, im Zuge durchgreifender marktwirtschaftlicher Reformen in der DDR im Laufe des Jahres 1990 private Investoren aus der Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen, sich im Gegenwert von 100 Mrd. D-Mark an bestehenden Unternehmen in der DDR zu beteiligen oder dort neue Unternehmen zu gründen. Selbstverständliche Voraussetzung hierfür ist es, daß Eigentümer an Produktionsmitteln auch Eigentumsrechte ausüben können.

Solche Direktinvestitionen hätten gegenüber dem Import von Sachkapitalgütern durch inländische Unternehmen den Vorteil, daß sie sich selbst finanzieren: Einem Handelsbilanzdefizit des Empfängerlandes steht ein gleichwertiger Nettokapitalimport gegenüber.

Aber ausländische Investoren werden verlangen, eine als ausreichend erachtete Devisenproduktivität von Projekten in der DDR zu erzielen. Es nutzt ihnen nichts, eine in Mark der DDR gemessene hohe Rendite zu erzielen, wenn es keine Möglichkeit der Konvertierung von Mark-Erlösen in konvertible Währungen gibt. Die Devisenproduktivität von Investitionen in der DDR ist gesichert, wenn dort für Märkte im westlichen Ausland produziert wird. Der Realtransfer in die DDR muß jedoch darauf abzielen, für die Menschen dort Güter zu erstellen. Angenommen, 70 % der Produktion wird in der DDR gegen Mark der DDR abgesetzt. Unterstellt sei ferner, diese Investitionen erzielen mit 10 % jährlich eine außerordentlich hohe Rendite. Unterstellt sei auch, daß die erzielten Gewinne in der DDR nicht reinvestiert, sondern in voller Höhe in konvertible Währungen transferiert werden. Die Staatsbank der DDR kann diesen Transfer in konvertible Währungen nicht leisten. Hier muß nach anderen Wegen gesucht werden.

Einschaltung der Bundesbank

Hierzu könnte die Deutsche Bundesbank eingeschaltet werden. Sie könnte verpflichtet werden, für eine begrenzte Zeit, etwa für die Dauer von drei Jahren, Erlöse aus unternehmerischer Tätigkeit westdeutscher Investoren in der DDR, möglicherweise begrenzt auf einen Höchstsatz der ursprünglichen Investition und nach Prüfung durch die Staatsbank der DDR, zu einem Kurs von 1:1 in D-Mark zu konvertieren. Im Zuge dieser Transaktionen würde in der Bundesrepublik Deutschland Zentralbankgeld entstehen. Das bedarf der Deckung durch eine entsprechende Aktivposition in der Bilanz der Bundesbank. Hierfür könnten unverzinsliche Forderungen

gegenüber der Staatsbank der DDR eingestellt werden. Später einmal, nach Schaffung eines wie auch immer zu gestaltenden deutschen Einheitsstaates, könnten diese Forderungen umgestellt werden auf unverzinsliche Ausgleichsforderungen gegenüber der Regierung des dann einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraums. Dieses Verfahren wäre analog zur Durchführung der westdeutschen Währungsreform von 1948.

Der Umfang dieser Währungshilfe an die DDR, mit dem Ziel, den erforderlichen Realtransfer in die DDR zu stimulieren, läßt sich unter den gesetzten Annahmen beziffern. Im ersten Jahr würde sich ein Konvertierungsbetrag von 7 Mrd. DM ergeben. Bei einem Investitionsstrom von jeweils 100 Mrd. DM in drei aufeinanderfolgenden Jahren in die DDR ergäbe sich im dritten Jahr ein Konvertierungsbetrag in Höhe von 21 Mrd. DM. Nach Ablauf von drei Jahren hätten sich die Verbindlichkeiten der Staatsbank der DDR gegenüber der Deutschen Bundesbank auf insgesamt 42 Mrd. DM summiert.

Vermutlich ist dieser Betrag zu hoch gegriffen. Aber die Größenordnung zeigt, daß dadurch ein Realtransfer in die DDR angeschoben werden kann, der innerhalb einer überschaubaren Zeitspanne die ökonomischen Bedingungen in der DDR soweit verbesserte, daß es sich für Menschen in der DDR schon heute lohnen könnte, von einer Abwanderung in eine ungewisse Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland Abstand zu nehmen. Das Rechenexempel zeigt ferner, daß eine derart begrenzte und von der Bundesbank steuerbare Devisenhilfe an die DDR möglich ist, ohne in der Bundesrepublik Deutschland monetäre Inflationsgefahren zu erzeugen. Würde der Konvertierungsbetrag von Mark der DDR in D-Mark die allein von der Bundesbank zu bestimmende Ausweitung der Zentralbankgeldversorgung überschreiten, so müßten andere Quellen der Zentralbankgeldbereitstellung entsprechend gekürzt werden. Wertpapierpensionsgeschäfte der Deutschen Bundesbank in Höhe von rund 100 Mrd. DM bieten genügenden Spielraum, um Inflationsgefahren aus einer Devisenhilfe für einen begrenzten Zeitraum an die DDR nicht entstehen zu lassen. Eine spätere deutsch-deutsche Währungsunion könnte dann im Zusammenhang mit einer Währungsunion im Rahmen der EG vollzogen werden.

Schlußfolgerungen

Um die Menschen zu bewegen, in der DDR zu bleiben, ist es erforderlich, den notwendigen umfangreichen Realtransfer in die DDR rasch auf den Weg zu bringen. Aber auch dann bedarf es einiger Zeit, um die ökonomischen Lebensbedingungen der Menschen in der

DDR deutlich erkennbar zu verbessern. Eine fatale Illusion wäre es, annehmen zu wollen, daß sich dieser Zeitbedarf allein durch Schaffung einer Währungsunion beider deutscher Staaten verkürzen ließe. Im Gegenteil würde eine derartige Schocktherapie die wirtschaftlichen und sozialen Systeme beider Länder stark belasten und die Übersiedlungswelle weiter anschwellen lassen.

Bei der gegebenen hohen Auslastung von Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik und der Notwendigkeit, einen Realtransfer in Gang zu setzen, der größer ist als das voraussichtliche Wachstum des Produktionspotentials, ist es erforderlich, hierfür Produktionsmöglichkeiten freizusetzen. Steuererhöhungen kommen hierzu in Betracht, vor allem aber eine kräftige Aufwertung der D-Mark im EWS. Es muß den Partnerländern der Bundesrepublik Deutschland in der EG mit Nachdruck verdeutlicht werden, daß die gemeinsame europäische Herausforderung des Realtransfers in sich reformierende Länder Mittel- und Osteuropas um so leichter zu lösen sein wird, je eher die reale Unterbewertung der D-Mark im EWS und damit die künstliche Verbilligung westdeutscher Produkte in anderen EWS-Ländern beseitigt wird. Wer das nicht akzeptiert, der gefährdet auch weitere Fortschritte in dem Prozeß der Wirtschafts- und Währungsintegration der EG-Staaten. In der Bundesrepublik Deutschland muß zudem die Illusion ausgeräumt werden, der Realtransfer in die DDR sei für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland kostenlos zu erreichen.

Aber auch die finanziellen Voraussetzungen für einen Realtransfer in die DDR sind von der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Jede Beteiligung der DDR hieran, so auch für den gemeinsamen Devisenfonds für den Reiseverkehr, verschleiert, daß die DDR Devisen allein durch zunehmende Auslandsverschuldung aufzubringen vermag. Die Übernahme auch finanzieller Konsequenzen des Realtransfers durch die Bundesrepublik Deutschland würde offen dokumentieren, daß die DDR auf Hilfe angewiesen ist. Bei Einschaltung der Bundesbank wäre das für eine begrenzte Zeit problemlos und inflationsfrei zu bewältigen. Zudem behielte die Bundesrepublik in der Übergangszeit Einfluß auf den marktwirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR. Würden bei der Bundesbank in Devisen umgewandelte Beträge in Mark der DDR stillgelegt, so könnte ein nicht quantifizierbarer Geldangebotsüberhang beseitigt werden. Nach einer Verringerung des gegenwärtig krassen Unterschieds der Realeinkommen beider deutscher Staaten wäre ein sich daran anschließender Übergang zu einer einheitlichen Währung ein weitaus weniger riskantes Unterfangen als gegenwärtig.